

Presseinformation

2. Februar 2009

Mikl-Leitner: Gezielte Maßnahmen für Arbeitnehmer

Arbeitnehmerpaket soll Konjunkturunbruch abzufedern

Die abkühlende Konjunktur und schwierige Wirtschafts- und Finanzlage hat auch vor Niederösterreich nicht halt gemacht. Niederösterreich muss seit Dezember 2008 einen Anstieg der Arbeitslosigkeit verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit ist im Jänner 2009 um 8,6 Prozent gestiegen. Niederösterreich liegt damit aber immer noch deutlich besser als im Bundesdurchschnitt (plus 12,2 Prozent). „Auch deshalb, weil Niederösterreich rechtzeitig den Ernst der Lage erkannt hat und gezielte Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit gesetzt hat“, betont Landesrätin Mag. Johanna Mikl-Leitner.

Bereits im Vorjahr wurde ein 350 Millionen Euro schweres Konjunkturpaket für die niederösterreichische Wirtschaft geschnürt und im Jänner 2009 ein zusätzliches Paket ins Leben gerufen.

Eine eigene Arbeitnehmer-Hotline ist die erste Ansprechstelle und Drehscheibe für ArbeitnehmerInnen in schwierigen Zeiten. „Ziel ist es, den ArbeitnehmerInnen die Angst um ihren Arbeitsplatz zu nehmen, jene Menschen zu beraten, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder sich für die Angebote des Landes Niederösterreich interessieren. Unter der Telefonnummer: 02742/9005-9555 stehen von Montag bis Donnerstag von 8 Uhr bis 16 Uhr und am Freitag von 8 Uhr bis 13 Uhr ExpertInnen mit Rat und Hilfe zur Verfügung“, unterstreicht Mikl-Leitner.

Eine weitere Maßnahme des Arbeitnehmerpaketes ist die Bildungskarenz plus, in deren Rahmen vor allem jene ArbeitnehmerInnen, die in Klein- oder Mittelebetrieben beschäftigt sind, die Möglichkeit bekommen sollen, in Bildungskarenz zu gehen. Es ist dies auch eine Möglichkeit für Unternehmen, in Zeiten einer schwächer werdenden Konjunktur ihre ArbeitnehmerInnen nicht freisetzen zu müssen, sondern diese in Bildungskarenz zu schicken. Das AMS bezahlt dafür bis zu 55 Prozent des Nettogehaltes des Arbeitnehmers, das Unternehmen teilt sich mit dem Land die Kosten für die Kurse. „Mit dieser Maßnahme können bis zu 400 Menschen vor der drohenden Arbeitslosigkeit geschützt werden“, so Mikl-Leitner.